

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

CDU-Fraktion / Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Nr.: A 22/0545-01

Status: öffentlich

Datum: 08.08.2022

Sachstand "Neubau städt. Tierheim"

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU

Beratungsfolge:

<u>Gremium:</u>	<u>Datum:</u>	<u>Status:</u>	<u>Zuständigkeit:</u>
BSO	25.08.2022	Ö	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung berichtet über den aktuellen Sachstand zum Neubau des Mülheimer Tierheims. Insbesondere wird darum gebeten, über die Fortschritte in den Vertragsverhandlungen mit dem Tierschutzverein sowie über den Zeitplan und die Finanzierung des Neubaus zu informieren.

Außerdem soll das energetische Sanierungskonzept vorgestellt werden.

Sachverhalt:

Auf Vorschlag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU (A 21/0750-01) hat die Verwaltung zuletzt in der Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten, Sicherheit und Ordnung am 23.09.2021 einen Sachstandsbericht zum Neubauprojekt „Tierheim“ abgegeben.

Dabei wurde im Sitzungsprotokoll u.a. festgehalten: „...Einige Tierunterkünfte sind weiterhin wegen ihrer Bausubstanz und Ausgestaltung dringend sanierungsbedürftig. Insbesondere das bauälteste Katzenhaus befindet sich in einem stark baufälligen Zustand. Noch ein Großteil der Hundezwinger entspricht nicht den derzeitigen tierschutzrechtlichen Anforderungen, so dass auch hier eine Umgestaltung erforderlich ist. Da die Stadt Mülheim an der Ruhr als Stärkungspaktkommune nicht in der Lage ist,

die erforderlichen Investitionen für die Sanierung zeitnah zu tätigen, beabsichtigt der Mülheimer Tierschutzverein daher das Tierheimgrundstück mit den aufstehenden Baulichkeiten im Rahmen eines Erbbaurechts zu übernehmen, um die Sanierungsmaßnahmen auf eigene Kosten durchzuführen. Entsprechende Vertragsverhandlungen mit dem Tierschutzverein sind weit fortgeschritten, dauern aber derzeit noch an. Frau Kunadt ergänzte, dass zwei Vertragswerke mit dem Tierschutzverein erforderlich wären. Beim Vertrag für das Erbbaurecht seien noch Änderungen in Detailfragen notwendig, über die man sich aber voraussichtlich zeitnah einigen werde können. Danach werde der Mietvertrag verhandelt."

Die Antragstellerinnen sehen es als naheliegend an, dass nach fast einem Jahr eine aktualisierte Berichterstattung der Verwaltung im zuständigen Ratsausschuss BSO erfolgt.

Christina Küsters
Fraktionsvorsitzender
CDU-Fraktion

Max Oesterwind
Ausschusssprecher
CDU-Fraktion

Tim Giesbert
Fraktionsvorsitzender
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Niels Rose
Ausschusssprecher
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Anlage(n):